

### Europas nächster naher Osten: innenpolitische Schwäche und geopolitische Einflussnahme im Südkaukasus

Riecke, Henning

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Riecke, H. (2008). *Europas nächster naher Osten: innenpolitische Schwäche und geopolitische Einflussnahme im Südkaukasus*. (DGAPaktuell, 3). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-129299>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Europas nächster naher Osten

### Innenpolitische Schwäche und geopolitische Einflussnahme im Südkaukasus

*Der Südkaukasus – eine Region mit hoher energiepolitischer Bedeutung – ist zu einem Konkurrenzraum zwischen Russland, der EU und anderen Akteuren geworden. Georgien, Armenien und Aserbaidschan bilden eine geographische, aber keine politische Union. Sie sind untereinander in Konflikten verstrickt und leiden unter innenpolitischen Spannungen und Sezessionskonflikten. Ein internationaler Workshop bei der DGAP mit südkaukasischen Oppositionspolitikern am 18. April 2008 konnte aufzeigen, wie aus dieser innenpolitischen Schwäche Abhängigkeit nach außen entsteht und externe Einflussnahme erleichtert wird. Europa ist bei den Reformkräften im Südkaukasus gefragt: Die EU kann bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie helfen und so zur Stabilisierung beitragen. Dabei trifft die EU aber auf Konkurrenz mit Russland, auf die sie kaum vorbereitet ist.*

Russlands Einflussnahme wird im Südkaukasus nicht nur mit Begeisterung gesehen. Isa Gambar, Vorsitzender der aserbaidschanischen Musavat-Partei beklagte die Einflussnahme Russlands. Im Konflikt über die armenische Exklave Berg-Karabach unterstützt Russland – wie auch der Iran – die Armenier. Ein armenischer Vertreter schlug in die gleiche Kerbe: Jerewan müsse sich um eine ausgeglichene Beziehung mit Russland bemühen, forderte Dr. David Shahnazaryan, ehemaliger Minister für nationale Sicherheit in Armenien. Moskau ist daran interessiert, den Konflikt um Berg-Karabach offenzuhalten – dies sichert seinen Einfluss. Prof. Dr. Alla A. Yazkova, die das Zentrum für Mittel- und Schwarzmeeresstudien in Moskau leitet, sah darin auch einen Nachteil. Mit Blick auf die »farbigen« Revolutionen hat Russland den Anreiz, seinen Einfluss im Südkaukasus auszubauen, um ein Übergreifen der Reformbewegungen zu verhindern. Russlands Rolle in den Sezessionskonflikten verhindert aber, dass es über die Partnerschaft mit Armenien hinaus dauerhafte Bindungen in der Region aufbauen kann. Yazkova blickte optimistisch auf die neue Generation pragmatischer Führer in den Hauptstädten.

Die drei Staaten orientieren sich dabei auch nach Westen. Gambar erinnerte daran, dass Europa doch ein Interesse am politischem Wandel im Südkaukasus hat und eigentlich viel energischer für die innenpolitische Transformation in Aserbaidschan eintreten müsste. Armenien, bekannte Shahnazaryan, benötigt gerade wegen des starken russischen Einflusses gute Beziehungen zum Westen, doch sieht es nach den jüngsten Ereignissen sein demokratisches Image beschädigt. Nach einer unsauberen Präsidentschaftswahl im Februar 2008 starben nach Übergriffen der Polizei Demonstranten. Die Beziehungen zum Westen standen auch für Ivliane Khaindrava, MP, im Mittelpunkt; er ist außenpolitischer Sprecher der Republikanischen Partei Georgiens. Für Georgien ist das nächste konkrete Ziel der Beitritt zur NATO. Mit hohem Aufwand betreibt das Land die Reform der Streitkräfte, auch wenn Korruption noch große Probleme bereitet. Beim zurückliegenden NATO-Gipfel ist es nicht zu einem Membership Action Plan (MAP) für Georgien gekommen ist, aber immerhin zu einer vagen Beitrittszusage – frustrierend für Tiflis. Die Absage aus Bukarest hat auch mit den offenen Sezessionskonflikten zu tun.

Die EU muss sich darüber einigen, ob der Südkaukasus zu Europa gehört. Khaindrava warnte: Die Konflikte um die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien dienten der georgischen Regierung als Vorwand, um die Demokratisierung auf die lange Bank zu schieben. Dr. Henning Riecke von der DGAP zeigte, dass es der EU schwer fallen kann, sich mit ihrem langfristig angelegten Ansatz, der kaum Auswirkung auf die Sezessionskonflikte hat und den Konflikt mit Russland umgeht, als starken Partner zu etablieren. Die EU bemüht sich etwa um den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen. Hier widersprach Khaindrava, die EU tritt in Region als ehrlicher Makler auf, dies hat sie Russland und den USA voraus. In der EU gibt es aber keine einheitliche Position darüber, ob der Südkaukasus zu Europa gehört. Die Union müsste sich hier entscheiden, und dann klare Signale in Richtung Demokratie und Minderheitenschutz setzen. Europa zögert diese Entscheidung hinaus, dies beklagte Gambar. In Brüssel wird die Lösung der Territorialkonflikte als Vorbedingung für die Annäherung der drei Staaten an die EU gesehen. Der Aserbeidschaner nannte diese Haltung eine Entschuldigung für das Nichtstun. Dies müssen Akteure wie Russland oder der Iran als Gelegenheit zur Einflussnahme verstehen.

Aus dem Ressourcenreichtum erwachsen hohe Erwartungen in der Region. Dr. Cagri Erhan, Vizepräsident des Eurasia Strategic Research Center in Ankara, argumentierte, dass die EU bei ihrer Türkei-Politik größeres Augenmerk auf die Energiepolitik richten sollte. Die Türkei kooperiert mit Russland und dem Iran und ist ein Knotenpunkt strategischer Pipelineverbindungen für Öl und Gas. Dies hebt auch der Fortschrittsbericht der EU zu den Beitrittsverhandlungen hervor. Im übrigen betonte auch der armenische Vertreter die große strategische Relevanz der Türkei: Shahnazaryan forderte, die Frage des Genozids an den Armeniern dürfe die Normalisierung zwischen Armenien und der Türkei nicht behindern. Gambar berichtete, in Aserbaidshan sei mit dem Ausbau der Pipelines in den Westen die Erwartung verbunden,

das Land werde zu einem Teil der entwickelten Welt; damit würde auch der Demokratie auf die Sprünge geholfen. Die meisten Geschäfte werden aber auch mit dem korrupten Regime in Baku gemacht. Die meisten Menschen in Aserbaidshan profitieren kaum von den Öleinkünften. Europa sucht Unabhängigkeit von Russland und Iran, kooperiert aber als Alternative mit anderen autoritären Regimes, die es damit stützt, wie in Usbekistan oder Tadschikistan. Stabilität kann aber nicht ohne Demokratie aufrechterhalten werden.

Die EU-Energiepolitik muss sich auf harte Auseinandersetzungen einstellen. Sie will ihre Energieabhängigkeit von Russland zu durch geographische Diversifizierung der Lieferanten und Transitwege abbauen. Dr. Jörg Himmelreich vom German Marshall Fund



Teilnehmer der Konferenz: David Shahnazaryan, Prof. Dr. Alla A. Yazkova, Dr. Wolfgang John, Isa Gambar (mit Übersetzer) und Ivliane Khaindrava (von links).

of the U.S. mahnte, dass Russland auf absehbare Zeit der wichtigste Öl- und Gaslieferant der Mitgliedstaaten bleibe, selbst wenn die EU künftig viel mehr für erneuerbare Energien und Energieeffizienz unternehme. Energiepolitik ist deshalb nicht von Russland-Politik zu trennen. Der Energiemarkt ist nicht mehr ein Konsumenten-, sondern ein Verkäufermarkt, auf dem die Produzentenländer die Bedingungen bestimmen. Russland, ähnlich wie Saudi-Arabien oder Venezuela, verstaatlicht seine Energieindustrie und kann aus dieser

Situation politisches Kapital schlagen. Alexander Rahr, Programmdirektor Russland / Eurasien bei der DGAP, forderte, den kaspischen Raum an das Schwarze Meer anzubinden. Der Westen sieht sich in Konkurrenz mit Russland über die entsprechenden Pipelineprojekte. Der Westen hat 2005 erstmals mit der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline das russische Pipelinemonopol gebrochen. Es gibt ambitionierte Pläne, den kaspischen Raum durch neue Leitungen zu erschließen – die Trans-Kaspische und die Nabucco-Gaspipeline. Russland setzt dem eigene Projekte entgegen. Es drohen ökologische Probleme, auch ist der Rechtsstatus des Kaspischen Beckens ungeklärt. Europa setzt nun auf langfristige Energiepartnerschaft mit Russland, übersieht aber die Gefahr neuer Energieallianzen und den neuen Spieler China.

Der Workshop »South Caucasus: Geopolitical Interests and Multilateral Security« entstand mit Unterstützung der Friedrich Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die DGAP und die FNF brachten hochrangige Politiker und Experten aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan, aus Russland und der Türkei mit deutschen Vertretern zusammen. Die liberale Stiftung wird in Tiflis von Dr. Wolfgang John vertreten. Verantwortlich bei der DGAP war Dr. Henning Riecke, Programmleiter Europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Henning Riecke <riecke@dgap.org>